

## **Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Gesundheitsausschuss	18.01.2022

### **Psychologische Unterstützungsangebote im Rahmen der Corona-Pandemie,**

#### **Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt stellen folgende Fragen an die Stadtverwaltung:**

- 1) Wie hoch ist der aktuelle Bedarf an psychologischen Unterstützungsangeboten im Rahmen der Corona-Pandemie für Köln?
- 2) Welche Art an Unterstützungsangeboten gibt es bereits im Stadtgebiet und wie ist der (Barrierefreie-)Zugang zu diesen sichergestellt?
- 3) Gibt es seitens der Verwaltung bereits Bestrebungen, die Angebote weiter auszubauen und wenn ja, wie?
- 4) Inwieweit kann das Gesundheitsamt in diesem Zusammenhang selbst Angebote schaffen?
- 5) In welcher Form und welchem Ausmaß werden die bisherigen Angebote beworben?

#### **Die Verwaltung antwortet wie folgt:**

Zu 1.: Der aktuelle Bedarf an psychologisch/psychotherapeutischen/kinder- und jugendpsychiatrischen Unterstützungsangeboten ist aus klinischer Sicht im Rahmen der Corona-Pandemie stark angestiegen. Nach Kenntnis des Gesundheitsamtes existiert diesbezüglich keine klinische Studie aus Köln; zu verweisen ist auf die Copsy-Studie aus Hamburg, die einen deutlichen Anstieg des Bedarfs während der Corona-Pandemie erfasst. Klinisch lassen sich im Wesentlichen ein Anstieg depressiver Erkrankungen mit vermehrter Suizidalität (auch bei jüngeren Kindern und Jugendlichen), selbstverletzendem Verhalten, Mediensucht und damit verbunden ein starker Anstieg von Schulabsentismus wahrnehmen.

Zu 2.: Die Unterstützungsangebote im Stadtgebiet bestehen im Wesentlichen aus vier Säulen:

- Kassenärztlich finanzierte Angebote (niedergelassene Kinder- und Jugendtherapeut\*innen, niedergelassene Ärzt\*innen für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie und deren Ambulanzen)
- Beratungsstellen in städtischer, kirchlicher und anderer Trägerschaft
- Schulpsychologischer Dienst
- Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst als Sachgebiet des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes des Gesundheitsamts.

Zu 3.: Das Amt für Kinder, Jugend und Familie befindet sich aktuell in der Umsetzung eines Projektes in Kooperation mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Uniklinik. Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche, die unter psychischen Beschwerden leiden und auf einen Therapie-Platz in der Kinder- und Jugendpsychiatrie oder bei einem niedergelassenen Kinder- und Jugendtherapeuten warten. Das Projekt soll bei entsprechendem Bedarf die stark angestiegenen Wartezeiten von regelhaft mehr als 6 Monaten unterstützend überbrücken und eine zeitnahe Versorgung sicherstellen. In der Umsetzung befindlich ist ein aufsuchender und je nach Pandemielage telemedizinisch arbeitender niederschwelliger Versorgungsdienst, der die Lücke zwischen Schule und Jugendhilfe einerseits und dem medizinisch/therapeutischen System andererseits in interdisziplinärer Kooperation schließen soll. Die Durchführung des Projektes erfolgt durch eine Psychotherapeutin in Ausbildung, supervidiert durch eine Oberärztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Die Zugangswege für die betroffenen Kinder und Jugendlichen werden über Jugendhilfe und Schule geebnet. Die Finanzierung des Projektes ist im Jahr 2022 sichergestellt durch Bundesmittel („Aufholen nach Corona“)

Zu 4.: Im Gesundheitsamt sind zurzeit keine neuen Angebote geplant. Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst führt neben seinem für alle frei zugänglichen Beratungsangebot Sprechstunden in den Schulen und beginnend in Kindertagesstätten durch. Dabei waren bislang vor allem Förderschulen im Fokus, eine Ausweitung auf inklusiv arbeitende Schulen ist im Prozess. Im ersten Eindruck ist der Bedarf an Unterstützung in diesen Schulen extrem hoch, vor allem bezüglich der oben aufgeführten Störungsbilder. Dem Bedarf ist ohne personelle Aufstockung des Dienstes kaum Rechnung zu tragen.

Zu 5: Eine Werbung für die Arbeit des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes findet nicht statt. Die Arbeit wird durch Netzwerkarbeit und aufsuchende Vorstellung in Schulen, Jugendamt etc. bekannt gemacht. Es existiert eine Homepage auf den Seiten der Stadt Köln.

**gez. Dr. Rau**